

nach Interesse, sondern nur nach daran, daß diese Republik ein Produkt der Revolution, der sozialen Auflehnung der Arbeitermassen gegen die Herrschaft des Kapitals ist, die nicht mehr die Herrschaft des deutschen Kapitals ist. Der Friede von Versailles und das Londoner Diktat überführen alle Wirtschaftsmittel des Landes, wenn nicht formell, so doch tatsächlich in das Eigentum des Völkerbundes, der deutschen Sklavenbögen gestützt, sie zu verwalten. Die demokratische Republik richtet somit schon kraft ihres Ursprungs, kraft ihres Wesens ihre Spitze gegen den Völkerbund und zwar mit doppelter Schärfe, da in Deutschland sich keine kapitalistische Wirtschaft mehr konsolidieren kann, und es in einer Republik, die ein Produkt der sozialen Erhebung ist, vom Willen der Arbeitermassen abhängt, wie lange diese Republik ihren bürgerlichen, ihren demokratisch pazifistischen Charakter behalten soll. Die deutsche Republik stellt innerhalb der durch den Versailler Frieden geschaffenen Staatenordnung für den Völkerbund ein Element der Störung und Störung dar; sie hat aufgehört, für ihn ein taugliches

Mittel der Eingliederung Deutschlands in die kapitalistische Weltorganisation zu sein, die neu geschaffen werden soll.

Die kapitalistische Neuordnung der Welt setzt die kapitalistische Restauration Europas voraus, die hinwiederum solange unmöglich ist, als nicht in dem Lande, von dem nach dem furchtbaren Zusammenbruche Rußlands dem Völkerbund allein noch Gefahr droht, die letzten Reste der Revolution zertreten sind. Die kapitalistische Restauration Europas bedingt mithin die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland, nicht in den Formen und in der Nachfolge, wie sie im kaiserlichen Deutschland bestand, sondern, wie es sich für eine Kolonie mit verkleinertem Staatsgebiete schickt, nach der Art eines ägyptischen Khedive oder eines indischen Maharadja.

Es wäre unbillig, von den deutschen Reagierern zu erwarten, daß sie solche Zusammenhänge sehen, denn es hieße bei ihnen den Geist vermuten, den sie nicht haben dürfen, da sie sonst vor Selbstverachtung in die Erde verfallen müßten.

Eine baltische Entente.

Wie sich an der Donau unter französischem Einfluß die kleine Entente gebildet hat, so ist jetzt im Norden unter französischem Protektorat eine Entente der baltischen Staaten entstanden. Mit Ausnahme Litauens, aber mit Einschluß Polens haben sich diese Staaten zu einem engerem Bunde zusammengeschlossen. Die französische Politik verfolgt mit der neuen Gründung offensichtlich einen doppelten Zweck. Außer der Festigung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Stellung in jenen Ländern will sie die Einschnü-

rung Deutschlands durch ihr ergebene Randstaaten vollenden. Die neue Konstellation an den Gestaden der Ostsee scheint jedoch nicht ganz nach dem Geschmacke des britischen Cabinettes zu sein, das dort gleichfalls bedeutende politische und wirtschaftliche Interessen zu wahren hat. England wird ein Geschwader seiner leichten Kreuzer in der Ostsee ständig stationieren, was freilich nicht nur mit Rücksicht auf die baltische Entente, sondern auch mit Rücksicht auf die Ereignisse in Rußland geschieht.

Von dieser Ausgabe sind nur die Exemplare der festen Bezieger geheftet und beschnitten worden, während dies bei den Propaganda-Exemplaren unterblieb.

Der Verlag empfiehlt betriebsweisen Bezug. Die Sammler in den Betrieben erhalten für ihre Bemühungen ab 5 Exemplaren ein Freie Exemplar. Für die Monate August und September sind pro Exemplar M. 2.70 zu bezahlen. Es genügt, wenn der Sammler auf dem Abschnitt der Postanweisung seine genaue Adresse und die Anzahl der gewünschten Exemplare vermerkt.

Verantwortlich: W. Dowidat, Hamburg, Beim Strohhause 33.
Verlag und Druck: Albert Fr. Heil, Hamburg 20, Eppendorferlandstr. 104.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang Hamburg, zweite Ausgabe im August 1921 Nr. 2

Inhalt:

Im Hochland fiel der erste Schuß,
im Hochland wider die Pfaffen.
Oberschlesien.
Deutsches Volkstum.
Was können die Beamten tun?
Mischeleien auf allen Seiten.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mk. 5.— pro Exemplar vierteljährlich.
Einzelpreis Mk. 1.50 einschl. Feuerungszuschlag.

Im Hochland fiel der erste Schuß — Im Hochland wider die Pfaffen.

L.u. Fast wie beim Mord von Cera-
jewo im Juni 1914, so rast die Bluttat
durch die deutsche Presse. Aber nicht die „Rationalisten“, nicht die „Kriegsheer“ sind es,
die diesmal die Leiche des Erschossenen in
Strömen von Blut zu baden gedenken, nein,
es sind die Friedfertigen, die Gerechtigkeits-
apostel, die Völkervereiniger, es ist der hin-
lende Lohp von republikanischen Parteikaplan-
nen, die ein fanatisches Gebrüll erheben, um
unter dem Deckmantel einer neuen revolutionä-
ren Erhebung ihre schmutzigen Fittchen am
Feuer der durch das Land gehenden Volks-
regierung zu kochen, die Erzberger ver-
schlang.

Erzberger wird uns vorgestellt als ein
Märtyrer der Revolution, als ein mannhafter
Republikaner, als eine Persönlichkeit, die den
Mut besessen habe, das geheiligte Portemon-
naie der Besitzenden anzutasten, der seinem
Volke den größten Dienst erwiesen habe, als
er im November 1918 den Waffenstillstand un-
terschied. So wird der Erschossene präsen-
tiert; was war er in Wirklichkeit?
Mit der Revolution, die es ihm ermöglichte,
ein großes Volk nach außen zu repräsentieren,
hat er so viel zu schaffen, wie seine Komplizen
Scheidemann, Barbus und Erz, die
trauernd an der Bahre dieses Felben greinen.
Die Republik erschien ihm gerade recht als
windige Kulisse für politische und geld-
liche Schieber- und Gaunerergüsse, die ihm
unter dem alten System nicht möglich gewesen
wären. Die Verbesserung der Kriegs- und Re-
volutionsgewinnler können sich verkaufernde
Arbeiter, Studenten und Beamte in den wie
Pilsze aus der Erde schießenden Lurusbars vor-
demonstrieren lassen, und die Leichtigkeit, mit
der sich die Besitzenden seinem Steuerhüsem zu
entziehen vermochten, beweist seine eigene
Steuerpraxis und die Unberührtheit seines ei-
genen großen, erst in den letzten Jahren er-
schackerten Vermögens, dem zu Liebe der
fromme katholische Christ selbst den Vorwurf des
Falschheides in den Kauf nahm. Die unterzeich-
nung des Waffenstillstandes durch eine so be-
schaffene Persönlichkeit läßt deutlich erkennen,
wie dieser Waffenstillstand geartet war, so daß
vielleicht außer Herrn Scheidemann jeder an-
dere Politiker es vorgezogen haben würde,
seine Hand verdorren zu lassen, statt dieses
Dokument weißer Schande zu unterschreiben.
Seine Laten im Weltkrieg bestanden anfangs
in einer wüsten Anneziationshege im Selbe groß-

kapitalistischer Konzerne und, als der Krieg
erschützlich verloren war, in einer Kette Landes-
verräterischer Handlungen, während dieser Re-
volutionär und republikanischer Märtyrer sich
zugleich während der ganzen Kriegszeit durch
die gleiche kaiserliche Regierung, die er ver-
riet, reklamieren ließ, obwohl er fugekrund
ferngesund und im kriegsdienstpflichtigen
Alter stand — genau wie Philipp
Scheidemann, August Winnig, August
Müller, Adolf Köster und alle die
anderen würdigen sozialdemokratischen Laten
des kaiserlichen Deutschlands und Repräsentan-
ten der heutigen schleimigen schwarz-rot-gelben
Republik.

Das war Herr Erzberger, das sind seine
greinenden Klageweiber, die hysterisch auftrei-
schen, gleich ob sie ein verwandtes Schick-
sal sich erblicken ahnen, weil sie gleichen We-
sens sind. Die Beseitigung dieser Pestbeule am
Leibe des deutschen Volkes soll ein konterre-
volutionäres Verbrechen sein? Die deutsche
Konterrevolution wurde eröffnet mit den Mor-
den an Karl Liebknecht, Rosa
Luxemburg, Leo Jogisches, mit
dem Aufstehen der gegen die Matrosen
im Schloß gerichteten Kanonen noch vor
dem Januarputsch des Spartakusbundes, mit
der Erschießung jener Mitglie-
der der von Haase und Ebert nach
Berlin gezogenen Volksmarine-
division, die nichtsahnend und waffenlos
zum Lahnungsappell in ihrem Standortquartier
in der Französischen Straße erschienen. An
der Spitze dieser Konterrevo-
lution standen die Sozialdemo-
kraten Haase und Ebert, Noske
und Scheidemann, Wels und
Ernst, hinter ihnen, behaglich grinsend, die
fröhliche Lafelrunde der Herren Erzberger,
Barbus und Erz; Erst schaff' dein Sach',
dann trink' und laß! Die Konterrevolution
stieß nicht auf Berlin beschränkt. Als bei
einer Demonstration gegen Nahrungsmittel-
schweineereien in Hamburg Schüsse knallten, als
zur Abwehr Arbeiter sich bewaffneten, als
Klintonen um's Hamburger Rai-
haus piffen, da rasten die davonlaufenden
sozialdemokratischen Senatoren samt ihrem nach
Randschel gestückelten Stadtkommandanten, dem
heutigen Altonaer Senator, Herrn Dr. juris
Lampf ans Telefon und beschworen Ebert
und Noske, Reichswehr nach Hamburg zu sen-
den, um die Revolution nieder zu schlagen,

die sie in ihren wirren Träumen ängstigte.
Der General von Lettow-Vorbeck rüdte in
Hamburg ein, nachdem das revolutionäre Pro-
letariat, den sozialdemokratischen Verrätern
zum Trotz, die Ordnung wieder hergestellt
hatte. Kein Blutstosß trotz Ebert
und Noske, trotz Stolten, Hense,
Lubbe und Krause in den Straßen Ham-
burgs. Und dennoch ist dem „Echo“ zufolge der
General v. Lettow-Vorbeck ein „Massenmörder“,
die davonlaufenden Senatoren und der
Lampf aber sind „Revolutionäre“, und sie
rufen heute auf zum Schutze ihrer Repu-
blik, im der nun endlich der Kutterrog zu
tippen droht, nachdem er so lange gebohrt hat.

So ist die deutsche Konterrevolution ke-
schaffen, wie kann der Mord an Erz-
berger ein konterrevolutionä-
res Verbrechen sein? Freilich —
die proletarische Revolution kennt den politi-
schen Mord als Kampfmittel nicht. In Ruß-
land aber, zur Zeit des Zaren, waren in-
dividuelle Attentate die natürliche Methode je-
ner revolutionären Gruppen, die uns als die
„Sozialrevolutionäre“ bekannt sind. Es wa-
ren bürgerliche Intellektuelle,
deren erwachter revolutionärer Aktivismus sich
in Formen äußerte, wie sie in revolutionären
Zeiten bürgerlichem Selbstbewußtsein und
bürgerlichem Tatwillen entsprechen. Mit glei-
chen Mitteln arbeitete die nationalrevolutionäre
jungtürkische Bewegung, ebenso wie in
Kgypten, Indien und Armenien
die bürgerlichen Züchten der nationalen
Revolution. Wie die Sozialdemokratie
dies früher als selbstverständlich akzeptierte, so
war sie als damaliges Glied der proletarisch-
revolutionären Bewegung mit Recht darüber
empört, als sie nach den Schüssen auf den
alten Kaiser im Juni 1878 als „Mörderpar-
tei“ unter das Ranggeiß des Ausnahmege-
setzes gestellt wurde. Heute hat sie sich gewandelt,
heute haben ihre Parteireganten die Stelle der
früheren deutschen Fürsten eingenommen, heute
fühlen sie sich von Attentaten bedroht. Sol-
len diese Attentate heute einen
anderen Charakter, eine andere
Bewertung haben, weil heute an
Stelle der alten Fürsten unfähige
sozialdemokratische Bonzen
sizen? Wenn die alten bürgerlichen Me-
thoden der nationalen Revolution heute konter-
revolutionär sind, weil sie sich gegen die heu-
tigen Schmarober am Volk kehren, die zugleich
die Einheitsföer für die imperialistischen Raub-
ansprüche des Auslandes sind, dann freilich
ist auch jener Matrosenaufstand in Kronstadt

konterrevolutionär, der die russischen Schma-
rober am Volk zu vernichten bezweckte.

Es ist charakteristisch, daß in das Scheul
der sozialdemokratischen Pressenameluden die
spartakistische Meute der Kom-
munistischen Partei einfällt, die
plötzlich ihre aufrichtige Sympathie für Erz-
berger entdeckt, den sie bisher als zur Bour-
geoisie gehörig in Hauch und Bogen mit
vermöbelte. Die halbe Einigkeit in der Be-
urteilung des Attentates und in dem Ver-
suche, es parteitaktisch auszuweuten, läßt klar
erkennen, was vorbereitet wird. Der Präsi-
dent des sogenannten deutschen Reiches hat es
offen ausgeprochen, als er erklärte, daß die
Schiffe, die Erzberger niederstreckten, den in-
neren Kriegen des Landes getroffen hatten.
Die Sozialdemokratische Partei
schwenkt in die spartakisti-
sche Linie ein, indem sie die Parolen
der „Unabhängigen“ aufgreift, die niemals
revolutionärer waren, aber seit ihrem Vesehen
putschistisch sind. Putschistisch und aus partei-
taktischen Gründen geboren sind alle sozialde-
mokratischen Parolen, die die kommunistische
Partei hegllich sich zu eigen macht.

Dazu Massenaaktionen im ganzen
Land, während die Helben, die die Massen
auf die Straße rufen, immum in ihren Parla-
menten und sicher in ihren Schreibstuben sitzen.
Und das Ende? Klintonenschüsse, Pro-
letarierleichen, die Stablie-
rung des Bürgerkrieges mit
putschistischen Mitteln und mit
putschistischen Zielen.

Dem es handelt sich bei der ganzen Stan-
dalaktion nicht um die Schaffung eines neuen
revolutionären Staates, nicht um die Verwirk-
lichung einer revolutionären Volksorganisation,
nicht um die Normierung eines revolutionären
Leeres; nicht um die Aufnahme des Kampfes
gegen den Imperialismus der Welt. Es
handelt sich um die Konsolidie-
rung des durch die Revolution,
durch den Aufrand des Volkes
zertrümmerten, aber von So-
zialdemokraten und Demokraten
wieder gefitteten alten Staa-
tes in den Händen der vereinia-
ten Parteiküngele, es handelt
sich um die Konsolidierung der
Machtmittel des alten Staates
in den Händen der vereinigten
Konzenenschaften, die mit den
Methoden der Parteibikatur
endlich die ganze Macht für
sich erraffen wollen, die vor

der Revolution die deutschen Fürsten und ihre Generale befaßen. Kurz, es handelt sich um den schamlosesten Mißbrauch und Verzug an Arbeiterklasse und Volk, der jemals von um ihr eigenes elendes Leben, um ihre Futterkrippe zitternden Herrschern in Szene gesetzt wurde. Die irrsinnige Angst der sozialistischen Konterrevolutionäre spricht sich deutlich aus in dem Artikel der sozialistischen Korrespondenz, in welchem behauptet wird, daß man nicht im November 1918 allen „nationalistischen Hezern“ den Schädel eingeschlagen habe. Das ist der Dank vom Hause Ebert für seine Errettung aus der ersten Revolution.

Zur Zeit der letzten Reichstagswahlen im vergangenen Jahre haben wir in unserem damaligen Hamburger Organ vorausgesagt, daß das Ergebnis der Wahlen in kürzerer oder längerer Zeit notwendig zur Formierung der Fronten des Bürgerkrieges nach Parteien führen müsse. Hierbei würden im Kampfe wieder einander die arbeitenden und lebenswichtigen Gruppen des Volkes stehen: Arbeiter gegen Bauern und die Intelligenz, die einen geführt von spartakistischen Stoßtrupps, die anderen mit einem Vortrupp von Studenten und Offizieren. Wir wiesen damals nach, daß von diesem Bürgerkrieg nur das internationale Finanzkapital den Vorteil hätte, dessen deutsche Agenten in allen Parteien sich als lachende Dritte die Hände reiben. Wir zeigten auf, daß die Front der Revolution anders verlaufe, daß die oben gezeigte Front die falsche Front sei, daß die revolutionäre Front notwendig sich formieren müsse aus allen schaffenden Schichten, unabhängig von der Ideologie, die sie heute noch beherrscht und daß diese Front sich lehnen müsse gegen das internationale Finanzkapital im Lande und in der Welt und gegen alle parlamentarischen Parteien, durch die die arbeitenden Massen in zwei feindliche Heerlager gespalten werden.

Heute ist es so weit. Und damit erhebt sich jetzt für alle revolutionären Proletarier die heilige Pflicht, heute so zu handeln, wie sie es vor einem Jahre, als wir es erstmalig geschrieben, als richtig anerkannten. Nicht wieder darf, wie bei dem berühmten Märzputz dieses Jahres das revolutionäre Temperament dem kritischen Verstande einen

Streich spielen, der diesmal die Katastrophe der deutschen Revolution bedeuten könnte. Was heute sich anspricht, das ist nur die Wiederholung des Märzputzes mit neuen demagogischen Vorwänden und auf erweiterter Stufenleiter. Damals stand die Sozialdemokratie gegen Spartakus, heute ist sie in seine Linie eingeschwenkt, und damit erhebt sich drohend vor Deutschland das koschewitschische Gespenst einer spartakistischen Parteidiktatur auf dem Wege über die „reine Arbeiterregierung“ und die Einheitsfront der Parteien. Diese Entwicklung würde das Ende der deutschen Revolution und den endgültigen Sieg des Völkerbundes bedeuten zugleich mit der Gefahr, daß eine nationale Konterrevolution die Methoden eines Horribi gegen das deutsche Proletariat als Klasse lehren würde. Und wie im Hintergrund des Märzputzes das Volksgesicht der Entente aufstand, den geringen Blick auf das deutsche Schlesien gerichtet, so steht auch heute Schlesien im Mittelpunkt der Begierden der Entente, und ein in den Kämpfen des Bürgerkrieges sich windendes Deutschland wäre nicht im Stande, dem raubgierigen Zugriff auch nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen.

Was also tut nun? Dem angsterfülltesten Gefreicht der um ihr Leben und um ihre Posten hangenden Parteiflügel muß der Ruf entgegenkommen: Beseitigung der Parteiherrn, nieder mit den Parteischranken! Entgegen dem Versuch der Aufrichtung einer spartakistischen Parteidiktatur fordern wir die Organisation der Selbstverwaltung eines freien Volkes, den Aufbau seiner Räteverwaltung von unten auf, die Aufrichtung eines revolutionären Heeres, die Aufnahme des Abwehrkampfes gegen das internationale Finanzkapital im Lande und dem Völkerbund.

Im Hochland fiel der erste Schuß, im Hochland wider die Pfaffen. Die Lawine rollt zu Tal. Sorgt, daß sie nicht die arbeitenden Massen Deutschlands, nicht das deutsche Volk zerschmettert, sondern die Schmarotzer und sämarmozenden Regierer, die des Volkes Mark zerfressen.

Auf gutem Boden fiel die Saat, Uns aber bleibt die kühne Tat, Heiliges Vermächtnis sei sie allen!

Oberschlesien.

L.A.W. Der gewaltige industrielle Aufschwung Deutschlands seit 1870 gründete sich auf seinen Reichtum an Kohlen- und Erzlagern, die der deutschen Eisen- und Stahlindustrie auf dem europäischen Kontinent ausschlaggebende Bedeutung verliehen. Wie der sogen. Völkerbund sein Kriegsziel durch die Zerrümmung der politischen Autonomie und wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands zu erreichen versuchte, so muß er natürlich bestrebt sein, dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes die Verfügung über seine Erz- und Kohlenlager zu entziehen. Dem Raub des Saargebietes, der Befestigung der Rheinlande, der Bedrohung des Ruhrreviers schließt sich jetzt der Versuch an, Oberschlesien vom deutschen Wirtschaftskörper abzutrennen, um es an Polen auszuliefern. Die Volksabstimmungskomödie, die zum größten Entsaften des famosen Völkerbundes zu Deutschlands Gunsten ausfiel, botte der imperialistische Raubverband sich sparen können, da er bei einiger Kenntnis der europäischen Staaten-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte verpflichtet gewesen wäre zu wissen, daß Oberschlesien auf Grund fast tausendjähriger Gemeinschaft altes deutsches Kulturland ist. Freilich steht nicht zu erwarten, daß ein Staatenbund, für den das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur eine geschmackvolle Phrase zur Förderung heuschlicher Illusionäre war, sich in seinen Entschlüssen durch Erwägungen kultureller oder rechtlicher Natur bestimmen läßt. Es sind wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Notwendigkeiten, die die Politik der Völkerbundstrategen bestimmen; um so mehr aber ist es erforderlich, daß endlich auch die deutsche Politik sich darüber klar wird, daß sie mit ihren völkerebeglückenden Tiraden keinem Politiker in der Welt imponieren kann, sondern daß es sich für sie lediglich darum handelt, dem Volksganzen begreiflich zu machen, daß aus wirtschaftlichen Interessen und machtpolitischen Gründen ganz unabhängig von den gleichlaufenden Zielen des Rechts und der Kultur Oberschlesien bisher deutsch war und deutsch bleiben muß, wenn Deutschland als Land und Volk in Zukunft bestehen will.

Wie das alte Deutschland, so hat auch die deutsche Revolution ein Lebensinteresse an der Lösung der ober-schlesischen Frage im deutschen Sinne. Die auchkommunistischen Schwärmer der

R.A.P.D. begehen ein Verbrechen an der deutschen Revolution, und damit an ihren eigenen angeblichen Zielen, wenn sie mit internationalen Phrasen die konkreten Lebensnotwendigkeiten der revolutionären Politik vor den deutschen Arbeitermassen zu diskreditieren versuchen. Auch ein nach den Bedürfnissen seiner arbeitenden Massen organisiert und konsolidiertes Deutschland wäre nicht existenzfähig ohne seine eigene Produktionsgrundlage, die ihm den Aufbau im Inneren, die Abwehr des feindlichen Imperialismus nach außen erst ermöglichen würde; um so mehr, wenn vorläufig die Industriegebiete des Westens der Kontrolle der deutschen Revolution entzogen sind; ist es notwendig, daß die ganze deutsche Arbeiterklasse geschlossen hinter die Forderung tritt, daß Oberschlesien deutsch bleibt und daß die deutsche Arbeiterklasse sich darauf vorbereitet, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihrem Willen Geltung zu verschaffen.

Ist ohne den Besitz Oberschlesiens schon eine deutsche Eigenproduktion in dem jetzigen engen staatlichen Rahmen unmöglich, so wäre durch seinen Verlust ein Anschluß Oesterreichs und anderer nichtindustrieller Gebiete unbedingt verhindert. Nur durch Oberschlesien kann innerhalb deutscher Grenzen Deutsch-Oesterreichs volkswirtschaftlich gedeckt werden; nur der Besitz dieses Landes gibt einem revolutionären Deutschland die Möglichkeit, wirtschaftlich und kulturell nach dem europäischen Südboden zu wirken. Ohne diese Auswirkung aber ist die deutsche Revolution nicht einmal lebensfähig, geschweige denn, daß sie gegenüber den weltrevolutionären Forderungen ihre Aufgabe erfüllen könnte, der industriellen Lieferant der agrarischen Völker des Ostens zu werden, sobald die revolutionäre Strömung, die durch die Welt geht, diese erfüllt. Alles Gerede einer wirksamen Hilfe für Rußland ist nichts als tönendes Blech, so lange eine solche Hilfe von einem Deutschland geleistet werden soll, dem dieses Rußland und seine deutschen Agenten ein lebenswichtiges Industriegebiet entreißen helfen, um es einem Staate wie Polen anzugliedern, der weder in kapitalistischen Zusammenhängen noch mit einer revolutionären Verfassung die Möglichkeit zur Schaffung einer eigenen industriellen Produktionsgrundlage besitzt. Ganz unabhängig von der Frage, wie groß die territoriale Ausdehnung Polens be-

messen werden soll, ganz gleichgültig, ob und in welchem Grade es ihm gelingt, sich Rüstungsstücke an der Spitze anzugliedern, die einfache Tatsache, daß das kulturelle Niveau des polnischen Volkes ihm eine industrielle Produktion aus eigenen Kräften nicht ermöglicht, genügt, um die Tatsache deutlich zu machen, daß die heutige imperialistische Politik und das Spiel, das mit diesem Willen auf Kosten Deutschlands und unserm Willigung Rußlands betrieben wird, nichts ist als eine erbärmliche Hanswursthade.

Im Grunde ist es freilich auch kein polnisches Interesse, das den Völkerverbund veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, Oberschlesien an die polnische Zugehörigkeit anzukuppeln. Wie Polen Lebensfähigkeit bedingt ist durch das französische Interesse an einem französischen Militärsystem im deutschen Osten, so soll der Völkerverbund die Niederrampelung deutscher Lebensnotwendigkeiten nicht im polnischen, sondern im französischen Interesse vollziehen. Die letzten Verhandlungen in Paris, die ganze Politik Frankreichs seit dem fauligen Waffenstillstandsvertrag im November 1918 zeigen klar und deutlich, daß Frankreich über Staaten, Länder und Völker verfügt nicht auf Grund irgend welcher wirtschaftlicher oder finanzieller Einflüsse, sondern nach dem einzigen Gesichtspunkte, daß die neue europäische Staatenverfassung den französischen machtpolitischen Interessen zu dienen hat. Die französische Politik ist heute mehr denn je militärisch, aggressiv und im Widerstand zu allen wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeiten. Die militärische Pumpung, die das wirtschaftlich degenerierte Land im Verlauf des imperialistischen Krieges erfahren hat, die Verschuldung an die wirklichen Grosmächte der Erde, der Verlust seiner in Rußland investierten Milliarden, die im Kriege vollzogene Zerrüttung seiner eigenen industriellen Produktionsquellen — alles dies zwingt die französische Politik zu den Methoden des Zickzackens, der sich mit den barbarischsten Mitteln ein leistungsfähiges Volk dienstbar machen muß, um selber bestehen und seine heutige militärische Pose aufrecht erhalten zu können. So ist die absolute Unterwerfung Deutschlands für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit, und diese Unterwerfung ist nur dann endgültig und grundständig vollzogen, wenn es sowohl gelingt, Deutschland jede eigene friedliche Produktion unmöglich zu machen, wie auch seine Ernährung von der Gnade des Auslandes abhängig zu lassen und vor allem zu verhindern, daß dieses Land jemals wieder eine eigene

Kriegsindustrie aufrichten kann. Auf dieses Ziel ist die französische Kriegspolitik konsequent gerichtet gewesen, und allen Illusionen deutscher Pazifisten, Sozialdemokraten und Demokraten zum Trotz hat sie bisher noch stets verstanden, gegenüber englischen Einschränkungsversuchen ihren Willen durchzusetzen. Esatz-Vorbringen ist annerknt, das Saargebiet faktisch bezulichen, die Aibeinlande sind vorläufig wieder wichtige landwirtschaftliche Gebiete im deutschen Osten in Polen ausgeliefert, Danzig vom Lande abgetrennt. Wie die industrielle Produktionsweise, so ist damit auch die Ernährung Deutschlands zerrüttet. Seit der Abtrennung Danzigs ist eine ständige Bedrohung des nördlichen Preußen durch jedes in Danzig landende Expeditionskorps gegeben, während die Maßnahmen im Westen alle strategischen Voraussetzungen dafür schaffen, im Bedarfsfalle Süddeutschland vom Norden abzuschneiden und auf der Straße Frankfurt—Webra in wenigen Tagemärschen in das Herz Deutschlands vorzudringen. Die industrielle und wirtschaftliche Erdrösselung sowie die strategische Umklammerung genügt indessen den französischen Machtansprüchen noch nicht. Frankreichs Randstaatenpolitik, die die französische Kolonie Polen zum Rückgrat eines östlichen Staatenbundes gestalten will, soll die strategische Bedrohung Deutschlands vom Rücken aus vollenden, soll Berlin gegenüber Polen und Warschau in dieselbe Lage bringen, in der sich heute Thüringen vom Rheine aus befindet. Deshalb die Energie, mit der Frankreich auf der Teilung Oberschlesiens in Paris bestand, als es sich darum handelte, dem Wortlaut des Friedens von Versailles zum Trotz seine obereschlesischen Pläne zu verwirklichen.

Der endgültige Wortlaut des Friedensvertrages würde die französischen Absichten durchkreuzen, wenn der Völkerverbund sich verpflichtet fühlte, den Wortlaut auch dann als bindend anzuerkennen, wenn er den eigenen Machtansprüchen im Wege steht. Wer die Verhandlungen in Paris haben bewiesen, daß, weil Frankreich es will, auch England den Friedensvertrag als den berühmten Felsen Papier zu behandeln bereit ist. Unter dem Gesichtspunkte dieses Rechtsbruchs ist die Verletzung der endgültigen Entscheidung zu betrachten, die nicht, wie deutsche Illusionäre glauben machen wollen, dem Franzosen Briand die Gelegenheit verschaffen soll, sich vor der französischen Kammer zu „rechtfertigen“, sondern die im Gegenteil den Zweck hat, von Herrn Lloyd George das Odium des flagran-

ten Rechtsbruchs zu nehmen, das sich für diesen Schützer der belgischen Neutralität auch zu unfehlbar ausnehmen würde, um es dafür den tragfähigeren Schultern des gesamten Völkerverbundes aufzubürden, der als Kollektivgemeinschaft eher in der Lage ist, jede raffinierte Gemeinheit auf sich zu nehmen, ohne den einzelnen Ehrenmann allzu stark mit dem Odium der Persidie zu belasten. Daß Lloyd George grundfänglich Willens ist, sich über den Friedensvertrag hinwegzusetzen, hat er im übrigen schon klar bewiesen. Einmal dadurch, daß er im englischen Unterhause das Recht Frankreichs auf militärisch politische Sicherungen anerkannte, was dem Vertrage von Versailles stracks zuwiderläuft; dann dadurch, daß er sein Einverständnis damit erklärte, Pleß und Rybnitz zu Polen zu schlagen, was mit dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung, die auf dem Boden der Einheit und Unteilbarkeit Oberschlesiens vorgenommen wurde, unvereinbar ist.

Zu Beginn des Krieges hat dieser selbe Lloyd George den Kampf an der Ostfront als einen Kampf zwischen Germanen und Slawen bezeichnet. Daß dieser

Kampf militärisch mit dem Siege der Germanen entschieden wurde, wird ja Lloyd George nicht bestreiten können. Mag er versuchen, nachträglich mit Verträgen und gestützt auf westeuropäische Machtkonstellationen den deutschen Sieg im Osten illusorisch zu machen, wo der militärische Sieg nur dem tatsächlichen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfteverhältnis der kämpfenden Völker entspricht, da jetzt dieses Kräfteverhältnis sich schließlich doch durch allen Verträgen und staatspolitischen Konstruktionen zum Trotz. Notwendig hierfür ist freilich, daß das stärkere Volk sich seiner Kraft bewußt werde, und daß es Willens ist, sie anzuwenden, was zur Voraussetzung hat, daß das deutsche Volk sich entschließt, jede Regierung zum Teufel zu jagen, deren Politik darauf gerichtet ist, im Interesse papierener Verträge, die sie selbst unterzeichnet hat, das deutsche Volk zu entmannen, niederzubalten und es an der Entfesselung seiner Kräfte zu hindern.

Wohl kann, was die Weltbegebenheiten bringen, den Völkern herrlich frommen, aber gewiß nur denen, welche mit Geist und Kraft die Gabe empfangen, welche sich selber zuvor nicht aufgegeben haben.

Dahlmann.

Deutsches Volkstum.

L. Der Westfälische Friede am Ende des dreißigjährigen Krieges brachte das jahrhundertlange Ringen zwischen Zentralgewalt und Territorialgewalt, zwischen kaiserlicher Gewalt und der Gewalt der Fürsten zum Abschluß. Die kaiserliche Gewalt unterlag der Fürstengewalt. Damit war eine staatliche Zusammenfassung des ganzen Volkes für lange Zeit unmöglich geworden. Daß sich jedoch die staatliche Zersplitterung so katastrophal auswirkte, daß sie Deutschland sogar als geographischen Begriff fast verschwinden ließ und in eine völlige Vernichtung des völkischen Bewußtseins ausartete, rührte von dem Eingreifen des Auslandes in den inneren deutschen Machtkampf her. Sollten die Deutschen sich als Volk neu konsolidieren, so mußte nicht nur die europäische Karte, wie der westfälische Friede sie gestaltet hatte, umgestürzt werden und Deutschland sich der zur Grundfrage des europäischen Staatsrechts erhobenen Umklammerung durch das Ausland entziehen, es war auch die trennende territoriale Zersplitterung, es waren die inneren durch die fürstlichen Gewalten aufgerichteten Schranken zu beseitigen. Beide Ziele traten in den Befreiungskriegen von 1813—1815 deutlich hervor. Aber nur das außenpolitische wurde erreicht, und auch dieses nur unvollkommen. Weil es im Innern an einer einheitlichen Produktions-

kampf her. Sollten die Deutschen sich als Volk neu konsolidieren, so mußte nicht nur die europäische Karte, wie der westfälische Friede sie gestaltet hatte, umgestürzt werden und Deutschland sich der zur Grundfrage des europäischen Staatsrechts erhobenen Umklammerung durch das Ausland entziehen, es war auch die trennende territoriale Zersplitterung, es waren die inneren durch die fürstlichen Gewalten aufgerichteten Schranken zu beseitigen. Beide Ziele traten in den Befreiungskriegen von 1813—1815 deutlich hervor. Aber nur das außenpolitische wurde erreicht, und auch dieses nur unvollkommen. Weil es im Innern an einer einheitlichen Produktions-

messen werden soll, ganz gleichgültig, ob und in welchem Grade es ihm gelingt, sich Rüstungsstücke an der Spitze anzugliedern, die einfache Tatsache, daß das kulturelle Niveau des polnischen Volkes ihm eine industrielle Produktion aus eigenen Kräften nicht ermöglicht, genügt, um die Tatsache deutlich zu machen, daß die heutige imperialistische Politik und das Spiel, das mit diesem Polen auf Kosten Deutschlands und unter Billigung Russlands betrieben wird, nichts ist als eine erbärmliche Hauswirtschaft.

Im Grunde ist es freilich auch kein polnisches Interesse, das den Völkerverbund veranlaßt, den Versuch zu unternehmen, Oberschlesien an die polnische Hochgebirg anzukuppeln. Wie Polen: Lebensfähigkeit bedingt ist durch das französische Interesse an einem französischen Militärkolonie im deutschen Osten, so soll der Völkerverbund die Niederrampelung deutscher Lebensnotwendigkeiten nicht im polnischen, sondern im französischen Interesse vollziehen. Die letzten Verhandlungen in Paris, die ganze Politik Frankreichs seit dem faulen Waffenstillstandsvertrag im November 1918 zeigen klar und deutlich, daß Frankreich über Staaten, Länder und Völker verfügt nicht auf Grund irgend welcher wirtschaftlicher oder finanzieller Einflüsse, sondern nach dem einzigen Gesichtspunkte, daß die neue europäische Staatenverfassung den französischen machtpolitischen Interessen zu dienen hat. Die französische Politik ist heute mehr denn je militärisch, aggressiv und im Widerspruch zu allen wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeiten. Die militärische Aufpumpung, die das wirtschaftlich degenerierte Land im Verlauf des imperialistischen Krieges erfahren hat, die Verschuldung an die wirklichen Grobmächte der Erde, der Verlust seiner in Rußland investierten Milliarden, die im Kriege vollzogene Zerrüttung seiner eigenen industriellen Produktionsquellen — alles dies zwingt die französische Politik zu dem Methoden des Zickzackens, der sich mit den barbarischsten Mitteln ein leistungsfähiges Volk dienstbar machen muß, um selber bestehen und seine heutige militärische Pose aufrecht erhalten zu können. So ist die absolute Unterwerfung Deutschlands für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit, und diese Unterwerfung ist nur dann ermöglicht und grundsätzlich vollzogen, wenn es sowohl gelingt, Deutschland jede eigene friedliche Produktion unmöglich zu machen, wie auch seine Ernährung von der Gnade des Auslandes abhängig zu lassen und vor allem zu verhindern, daß dieses Land jemals wieder eine eigene

Kriegsindustrie aufrichten kann. Auf dieses Ziel ist die französische Kriegspolitik konsequent gerichtet gewesen, und allen Illusionen deutscher Pazifisten, Sozialdemokraten und Demokraten zum Trotz hat sie bisher noch stets verstanden, gegenüber englischen Einschränkungsvorschlägen ihren Willen durchzusetzen. Esatz-Vorbringen ist annerknt, das Saargebiet faktisch desgleichen, die Aheinalande sind vorläufig vorsez, wichtige landwirtschaftliche Gebiete im deutschen Osten n Polen ausgeliefert, Danzig vom Lande abgetrennt. Wie die industrielle Produktionsweise, so ist damit auch die Ernährung Deutschlands zerrüttet. Zeit der Abrechnung Danzigs ist eine ständige Bedrohung des nördlichen Preußen durch jedes in Danzig landende Expeditionskorps gegeben, während die Maßnahmen im Westen alle strategischen Voraussetzungen dafür schaffen, im Bedarfsfalle Snddeutschland von Norden abzuschneiden und auf der Straße Frankfurt—Wehra in wenigen Tagemärschen in das Herz Deutschlands vorzuschieben. Die industrielle und wirtschaftliche Erdrösselung sowie die strategische Umklammerung genügt indessen den französischen Machtansprüchen noch nicht. Frankreichs Randstaatenpolitik, die die französische Kolonie Polen zum Rückgrat eines östlichen Staatenbundes gestalten will, soll die strategische Bedrohung Deutschlands vom Rücken aus vollenden, soll Berlin gegenüber Polen und Warschau in dieselbe Lage bringen, in der sich heute Thüringen vom Rheine aus befindet. Deshalb die Energie, mit der Frankreich auf der Teilung Oberschlesiens in Paris bestand, als es sich darum handelte, dem Wortlaut des Friedens von Versailles zum Trotz seine obereschlesischen Pläne zu verwirklichen.

Der endgültige Wortlaut des Friedensvertrages würde die französischen Absichten durchkreuzen, wenn der Völkerverbund sich verpflichtet fühlte, den Wortlaut auch dann als bindend anzuerkennen, wenn er den eigenen Machtansprüchen im Wege steht. Wer die Verhandlungen in Paris haben bewiesen, daß, weil Frankreich es will, auch England den Friedensvertrag als den berühmten Fetzen Papier zu behandeln bereit ist. Unter dem Gesichtspunkte dieses Rechtsbruches ist die Veriagung der endgültigen Entscheidung zu betrachten, die nicht, wie deutsche Illusionäre glauben machen wollen, dem Franzosen Briand die Gelegenheit verschaffen soll, sich vor der französischen Kammer zu „rechtfertigen“, sondern die im Gegenteil den Zweck hat, von Herrn Lloyd George das Obium des flagran-

ten Rechtsbruches zu nehmen, das sich für diesen Schützer der belgischen Neutralität auch zu unfehlbar ausnehmen würde, um es dafür den tragfähigeren Schultern des gesamten Völkerverbundes aufzubürden, der als Kollektivgemeinschaft eher in der Lage ist, jede raffinierte Gemeinheit auf sich zu nehmen, ohne den einzelnen Ehrenmann allzu stark mit dem Obium der Persidie zu belasten. Daß Lloyd George grundsätzlich Willens ist, sich über den Friedensvertrag hinwegzusetzen, hat er im übrigen schon klar bewiesen. Einmal dadurch, daß er im englischen Unterhause das Recht Frankreichs auf militärisch politische Sicherungen anerkannte, was dem Vertrage von Versailles stracks zuwiderläuft; dann dadurch, daß er sein Einverständnis damit erklärte, Pleß und Rybnik zu Polen zu schlagen, was mit dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung, die auf dem Boden der Einheit und Unteilbarkeit Oberschlesiens vorgenommen wurde, unvereinbar ist.

Zu Beginn des Krieges hat dieser selbe Lloyd George den Kampf an der Ostfront als einen Kampf zwischen Germanen und Slawen bezeichnet. Daß dieser

Kampf militärisch mit dem Siege der Germanen entschieden wurde, wird ja Lloyd George nicht bestreiten können. Mag er versuchen, nachträglich mit Verträgen und gestützt auf westeuropäische Machtkonstellationen den deutschen Sieg im Osten illusorisch zu machen, wo der militärische Sieg nur dem tatsächlichen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfteverhältnis der kämpfenden Völker entspricht, da jetzt dieses Kräfteverhältnis sich schließlich doch durch allen Verträgen und staatspolitischen Konstruktionen zum Trotz. Notwendig hierfür ist freilich, daß das stärkere Volk sich seiner Kraft bewußt werde, und daß es Willens ist, sie anzuwenden, was zur Voraussetzung hat, daß das deutsche Volk sich entschließt, jede Regierung zum Teufel zu jagen, deren Politik darauf gerichtet ist, im Interesse papierener Verträge, die sie selbst unterzeichnet hat, das deutsche Volk zu entmannen, niederzubalten und es an der Entfesselung seiner Kräfte zu hindern.

Wohl kann, was die Weltbegebenheiten bringen, den Völkern herrlich frommen, aber gewiß nur denen, welche mit Geist und Kraft die Gabe empfangen, welche sich selber zuvor nicht aufgegeben haben.

Dahlmann.

Deutsches Volkstum.

L. Der Westfälische Friede am Ende des dreißigjährigen Krieges brachte das jahrhundertlange Ringen zwischen Zentralgewalt und Territorialgewalt, zwischen kaiserlicher Gewalt und der Gewalt der Fürsten zum Abschluß. Die kaiserliche Gewalt unterlag der Fürstengewalt. Damit war eine staatliche Zusammenfassung des ganzen Volkes für lange Zeit unmöglich geworden. Daß sich jedoch die staatliche Zersplitterung so katastrophal auswirkte, daß sie Deutschland sogar als geographischen Begriff fast verschwinden ließ und in eine völlige Vernichtung des völkischen Bewußtseins ausartete, rührte von dem Eingreifen des Auslandes in den inneren deutschen Machtkampf her. Sollten die Deutschen sich als Volk neu konsolidieren, so mußte nicht nur die europäische Karte, wie der westfälische Friede sie gestaltet hatte, umgestürzt werden und Deutschland sich der zur Grundlage des europäischen Staatsrechts erhobenen Umklammerung durch das Ausland entziehen, es war auch die trennende territoriale Zersplitterung, es waren die inneren durch die fürstlichen Gewalten aufgerichteten Schranken zu beseitigen. Beide Ziele traten in den Befreiungskriegen von 1813—1815 deutlich hervor. Aber nur das außenpolitische wurde erreicht, und auch dieses nur unvollkommen. Weil es im Innern an einer einheitlichen Produktions-

kampf her. Sollten die Deutschen sich als Volk neu konsolidieren, so mußte nicht nur die europäische Karte, wie der westfälische Friede sie gestaltet hatte, umgestürzt werden und Deutschland sich der zur Grundlage des europäischen Staatsrechts erhobenen Umklammerung durch das Ausland entziehen, es war auch die trennende territoriale Zersplitterung, es waren die inneren durch die fürstlichen Gewalten aufgerichteten Schranken zu beseitigen. Beide Ziele traten in den Befreiungskriegen von 1813—1815 deutlich hervor. Aber nur das außenpolitische wurde erreicht, und auch dieses nur unvollkommen. Weil es im Innern an einer einheitlichen Produktions-

grundlage fehlt, weil jener Kampf nur mit Hilfe ausländischer Mächte — Rußland und Schweden — ausgetragen, nur unter Konzessionen an die Politik Metternichs durchgeführt werden konnte, setzte sich die völlige Strömung nicht durch. Nochmals siegte die Fürstengewalt, die sich im deutschen Bunde eine neue Magna Charta schuf, um die innere Zersplitterung zu galvanisieren, wenn sie auch die Umwälzungen der napoleonischen Ära nicht mehr aufzuheben vermochte. Und es hat in der Tat ein volles Jahrhundert gedauert, es hat eines Weltkrieges und einer Revolution bedurft, um die letzten Auswirkungen des Fürstenrechts auf staatlichem Gebiete auszumergen. Erst die Verjagung der Fürsten hat endlich die Bahn frei gemacht für den Zusammenschluß des ganzen Volkes, wie er den Trägern der Volksbewegung in den Befreiungskriegen als höchstes Ziel voranschwebte.

Schon die Verwandtschaft dieses Zieles mit revolutionären Notwendigkeiten der Gegenwart leitet den Ideen jener Vorkämpfer des Volkes und des völligen Gedankens auch für die Jetztzeit politische Bedeutung. Darauf ist es zurückzuführen, wenn wichtige Schichten des Volkes bei ihrer Selbstverständigung über die Erfordernisse der Gegenwart, zumal über die Voraussetzungen des inneren Aufbaues, sie zum Ausgangspunkt genommen haben. Es handelt sich dabei in erster Linie um Gruppen der Kopfarbeiter, die ja von allen Teilen der Gesellschaft in der Sprache und Kultur des Volkes am tiefsten wurzeln, weil sie nur vermöge dieser Sprache und Kultur zu wirken imstande sind, sie also kraft ihres ganzen gesellschaftlichen Daseins völlig eingestell sind und eingestellt sein müssen. Das deutsche Volkstum wird hier zum Mittelpunkt eines Denkens, das beginnt, sich revolutionär zu vertiefen, und eines national entschlossenen Willens, das umso eber bereit ist, sich gegen die Versklavung von Land und Volk zur Wehr zu setzen, als der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus die Reihen der Kopfarbeiter aus mancherlei Gründen erheblich anschwellen läßt und von der Wiederaufrichtung des Ganzen, ihre eigene Wiederaufrichtung, ihre eigene Geltung in Volk und Welt abhängt. Auf die Gedankenwelt dieser Schicht übt und übt des Turnvater's Jah'n wenig belannte, aber wichtige und mutige Schrift Deutsches Volkstum einen starken und nachhaltigen Einfluß. Schon aus diesem Grunde rechtfertigt es sich auch vom Standpunkte einer revolutionären Politik, die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken. Im fol-

genden sollen lediglich einige Grundgedanken der Schrift mit deren eigenen Worten dargelegt werden.

Nirgends erscheint die Menschheit hienieden abgegliedert und rein, immer wird sie durch Volkstümern vorgefellt und vertreten. In den Volkstümern liegt jedes Volkes besonderer Wert und sein wahres Verdienst für das Weltstreben der Menschheit. Nicht der äußere umgelegte Staatsverband macht das Volk; Zusammenseinmüssen gibt keinen wahren Verein. Das Zueinanderhineinleben, das stille, vertrauliche Sichaneinandergewöhnen, das mit Wechselliebe Sichebendeinverleben bildet das Volk und bewahrt und erhält es durch Volkstum. Nichts ist ein Staat ohne Volk, ein seelenloses Kunstwerk; nichts ist ein Volk ohne Staat, ein leidloser, lustiger Schemen, wie die weltwächtigen Jigewner und Juden. Staat und Volk in eins geben erst ein Reich, und dessen Erhaltungsgewalt bleibt das Volkstum. Was macht aus England und Frankreich die ersten Weltmächte? Einzig das durch den Kreislauf der Umwälzungen wiedererbozene Volkstum.

Ein allgemein gültiges Musterbild für alles und jedes Volk hat es nicht gegeben und kann es und soll es auch nicht geben. Darum ist ein jedes verlöschendes Volkstum ein Unglücksfall für die Menschheit, ein Verlust für die Geschichte und eine unansfüllbare Lücke. In einem Volk kann sich der Adel der Menschheit nicht einzig ausdrücken, sondern in allen mit allen. So wenig wie ein Gesicht, gibt es auch nur eine Denkungsart und Handlungsweise. Nicht einen und eben denselben Charakter, sondern nur einen eigenen soll jeder Mensch sich bildend erwerben und so aus dem Eingeebeneden selbstgeschaffen hervorgehen. Mit den Völkern ist es wie mit den einzelnen Menschen.

Volkstum ist eines Schutzgeistes Weibungsgabe, ein unerforschliches Volkwerk, die einzige natürliche Grenze.

Die gewöhnlichen deutschen Einteilungen der Staaten stellen nie deutlich eine Einheit des Ganzen vor; sie sind nach den Titeln der Herrscher gemacht. Für den Altertumsforscher haben sie einige Brauchbarkeit; sie erinnern fortwährend an die allmähliche Erwerbung und mühsame Zusammenfüllung.

Ein solcher Wandel hat kein ineinandergreifende Wechselwirkung, selbst keinen

wahren Verband, nur den zufälligen oft unterbrochenen Zusammenhang in der Person des Fürsten. Das Beisammensein der einzelnen Provinzen ist kein Zusammenwachsen in einen Leib, es bleibt ein feinarziges Anhängen von außen.

Ohne genaue natürliche Abreitung des Grundgesetzes wird in jedem Staate die Einrichtung einer wohlgeordneten allgemeinen bürgerlichen Verfassung außerordentlich erschwert, in großen Reichen ganz unmöglich.

Vergeblich sind alle Kriege, unnütz alle Eroberungen, die Völkerscheiden anhaften. Das wahre Gleichgewicht ist mehr als ein Traum, und ohne diese keine Staatenordnung beständig.

Unsere wortreiche Sprache hat auch an Einteilungsnamen keinen Mangel, daß wir vom Lieberlein Aufstausbrüde vorgehen müßten; mit Landen, Marken, Kreisen (Gauen), Gemeinden kann das größte deutsche Reich auskommen. Die Lande nennt man am besten nach den Weltgegenden, dann nach der Abdachung (Ober-, Mittel-, Nieder-), demnach nach Strömen. Die Marken sind nach Gewässern, Flüssen, Bergen oder vorzüglichen Naturerzeugnissen zu benennen. Aber man behalte vom Alten bei, was ohne Nachteil bleiben kann. Ein altes, teilweise schadhafes Haus sieht nach einer guten Ausbesserung oft länger als ein neues schnell errichtetes. Kreise bekommen den Namen von einer Stadt, und die heißt Kreisstadt.

Die Regierung gliedert sich in Reichs-, (Staats-), Landes-, Markt- (Gau-), Gemeinde-Regierung. An der Spitze der Reichsregierung steht der Fürst und seine Beauftragten. Dazu Geheime Räte vom König ernannt, und als Staatsräte . . . die Statthalter der Lande nebst einigen Marktplatzern — und nebst diesen zu einem großen Reichsrat noch einige Berufen vom Volke.

Landesregierung. Landesstatthalter und Landräte für: Ackerbau, Gewerbe, Handel, Banwesen, Polizei, Gesundheitspflege, Volksbildung, Bergbau, Forsten usw. Den ganzen Wirkungsbereich der Kammer und ähnlicher abgegliederter Kollegien. Aber da bei dem besten Willen die Menschen nicht alles übersehen können und zu einer wohlgeordneten Regierung die größte Unmühe erforderlich ist, so muß jede Landesregierung einen ständischen Beirat haben, der eine Art engerer Ausschuß der Landschaft bilden würde. Nur müßte er nicht einseitig, sondern aus den Gutbesitzern, den Gewerbetreibenden, dem

Handelsstande und den Gelehrten besetzt werden.

Zwischen Kopf, Hand und Fuß liegt das Herz, das muß nicht bloß maschinenmäßig schlagen, es muß von Ehre gehoben werden. Dies wohlthuende Gefühl wird durch eine Fürgerichte am besten eingeflößt, wo der Regierung die Regierten für ratsfähig in eigenen Sachen anerkennen, sie nicht als ewige Unmündige in ewige Vormundschaft nimmt. In Zeiten, wo alle alten Formen brechen, das Neue fürchtbar herrscht, in jedem Augenblick ein anderes droht, muß der Mensch der inneren Stimme folgen und der gerechten Sache vertrauen. Auch die Vernunft ist eine Offenbarung des Höchsten und in jedem Gewissen spricht Gott. Es ist nicht genug, ein Feld im Duden zu sein.

Markregierung. Markpfleger und Räte, wozu Dorfmeister, Bauaufseher usw. Auch hier ständische Beiräte.

Kreisregierung. Kreisvorsteher und Beisitzer, die noch andere Ämter mitverwalten, als Arzt usw. Ständische zugeordnete Ratgeber.

Gemeinderegierung. Alle ersten Bürgermeister und Schulzen vom Staat beauftragt; Ratsherren und Schöppen mögen sich die Gemeinden jährlich wählen.

Man hat hin und her untersucht, ob und wie der Staat sich in die Erziehung mischen soll. Die Erziehung soll von Seiten des Staates nicht wie ein Krongut dem Meistbietenden, nicht wie eine Kronarbeit dem Mindestfordernden zugeschlagen werden.

Gemeinde- und Kirchspielschulen. Der Baum wächst von unten auf hinauf, der Staat vom sogenannten Volk oder großen Gauen in die Höhe. Veredelte Stämme pflanzen sich nicht wieder veredelt fort, man muß bei ihren Abstammungen ebenso gut wieder in der Baumschule anfangen. Im Volk oder gemeinen Mann artet die Urkraft des Volkes nach; so hat jedes Feuer immer unterwärts seinen Herd.

Kreis- und Gemeindeschulen. Erweiterung der Anfangsgründe.

Marktschulen. In jeder Mark nur eine, ausgenommen wenn große Städte darin liegen, die eigene Marktschulen haben können. Von der Besetzung der Gemeinde-, Kirchspiels- und Kreis-Regierung mögen die Kinder der Eltern befreit bleiben, welche den Unterricht selbst die Marktschule muß jeder übernehmen oder Hauslehrer halten. Aber suchen, der künftig Landwirt,

Kaufmann, Künstler, Seefahrer, Hauptmann, Lehrer, Gelehrter, Staatsbeamter zu werden denkt und wenigstens ein paar Jahre auf seine Bildung verwenden.

Die Marktschulen treten an die Stelle der gelehrten Schulen, Lyzeen, Gymnasien, Pädagogien, Akademien usw. Was der Mensch als Mensch und als Staatsbürger wissen muß — lernen alle Schüler gemeinsam. Die besonderen Vor- und Hilfskenntnisse des Berufes und Erwerbes lernt jede Schülerart besonders.

Hochschulen. Von allen Berufen hat der Gelehrte den wichtigsten Beruf: er soll Menschendücker zur Menschlichkeit sein, Gelehrter und Sachschöpfer der unvollendeten Welt werden. Des neuern nachrömischen Europas bürgerliche Gesellschaft stellt ihn unter ihren Ständen auf den höchsten und einzigsten Standort. Darum sind ihm eigene Bevorrechteungen verliehen, eigene Bildungsanstalten ausschließlich gewidmet, als höchste und letzte die Hochschulen. Sie gründen den Wissenschaften ein eigenes Reich, in ihm jeder Weise ein eigenes Gebiet. Hier im freien Verkehr mit dem unendlichen Wissen müssen frei sein beide, Lehrer und Lerner. Das fordert die Höheit des Menschengesistes, dadurch adelt die Wissenschaft ihre Befenner und wohlthätig wirkt diese freie bildende Regie.

Leider entstanden die deutschen Hochschulen größtenteils in einer rohen Zeit, machten anfänglich eine gelehrte Ritterkaste aus, wurden überdies als Zünfte eingerichtet. So ward das Wissen von Handeln geschieden, Wissenschaft vom Weltverstand. . . . Wenn die Wissenschaften auch Himmelstochter sind, so müssen sie dennoch auf der Erde wandeln lernen.

Mit jeder Hochschule muß eine Gesellschaft der Wissenschaften verbunden sein, und dazu Männer gehören, die nicht alle auf Lehrstühlen stehen oder dort eingekerkert sind. Die Junggelehrten haben nicht sowohl neugebaut, sondern immerfort das einmal Urbare nachhaltig und neutralitätig gehalten, oft aber auch auf immer ausgemergelt. Raummacher und Bahnbrecher waren dann immer die Freigelehrten. . . .

Mit jeder Hochschule und der dazugehörigen gelehrten Gesellschaft muß ein Schulrat verbunden sein und unter diesem das ganze Schulleben eines Landes stehen.

Gleichmäßige, öffentliche Bildungsanstalten sind Beförderungsmittel eines vollstümlichen Bürgerthums und einer vaterländischen Den-

lungsart. Die gleichmäßige Einrichtung kann in den einzelnen vollstümlichen Uebereinstimmen und menschliche Ursprünglichkeit bilden. Und in der Zusammenstimmung aller Gebilden wird sich ein edles menschliches Volkstum aussprechen.

Eine schwere Last nahm den Habsburgern Friedrich an Ostreien ab und befreite sie von Bayerns Bürde. Den Binn hütten sie beherrschigen, Böhmen, Galizien, den Rest von Schlesiens fahren lassen und der Donau folgen sollen, die sie richtig geleitet hätte an zwei Meere, zu Sizilien, Dalmatien, Bosnien, Serbien, Bulgarien, Beharabien, der Wallachei und Moldau. Und Hauptstadt dieses großen Ostreichs, nicht seines westlichen Teils Oesterreich, kann nur Belgrad und Semlin werden.

Staats- und Volksreligionen können Regierungen nicht mehr erzwingen, wohl der Menschheit, daß es so ist; aber die Kirche jedes deutschen Christenbekenntnisses kann ein vollstümliches Innere und Äußere haben, ohne Verstärkung ihres höheren sittlichen Reiches.

Volksziehung soll das Urbild eines vollkommenen Menschen, Bürgers und Vorklgedes in jedem einzelnen verwirklichen.

Das Stichwort aller derer, welche der Menschheit Jahre verlassen, heißt: Man muß die Menschen nehmen, wie sie sind, die Welt, wie sie ist. Eins nur vergessen sie: Daß die Welt gerade deshalb so arg ist, weil schon so lange Wesen ihres Gelichters, Laugenische, Zunichtgute, Störenfriede darin gehaust haben, von diesem Ungeziefer aber niemand anders will und auch keinen andern bessern mag.

Allgemeine Erklerung von Handarbeiten beim ganzen Volke in der Jugend, vom Fürstensohne bis zum Tagelöhnerkinde hinunter. . . .

Wie wahr sind die Lehren der Rabbinen an das arbeitsschwere Schachervolk: Ein jeder, der seinen Sohn kein Handwerk lernen läßt, ist gleich, als wenn er ihm die Häuberei lehrt. Hand- und Kopfarbeit können sehr gut miteinander bestehen.

Staat kommt von stehen, auf Ständen waren unsere deutschen Staaten sonst gegründet, und sie bestanden. Die natürliche notwendige Ungleichheit der Menschen, die Unmöglichkeit, daß einer all es sein kann, teilt sie

von selbst in natürliche Stände. Sie alle bilden das Volk; man kann nicht sagen, welcher der unentbehrliche ist — sie müssen alle sein. Natürliche Stände sind durch die bürgerliche Gesellschaft, und die bürgerliche Gesellschaft wieder durch sie. Stände sind bloß natürliche Einteilungen des Volkes, wie der Beruf sie gibt.

Schutzkrieg für's Vaterland nannte der Deutsche sonst Landwehr. So und nicht anders wird das Wort hier wieder aufgenommen. . . .

Nur im vaterländischen Schutzkrieg, in der Landwehr allein kann der Mensch, mit Ehre und Pflicht einstimmig streiten, siegen und fallen. . . .

Der Feldherr eines Soldatenheeres, ja der Kriegsfürst eines Soldatenvolkes hat eine gegebene, im Reiche der Wirklichkeit gegründete, aber doch immer zu berechnende Macht. Aber der Heerführer des Herdams oder der zum Schutzkrieg ausziehenden Krieger geübet über die sämtlichen nie zu berechnenden Kräfte der gesamten leiblichen, geistigen und sittlichen Natur des Menschen. Er kann das Unmögliche befehlen. . . .

Ein selbständiges Friedensvolk, das alle Mannspersonen von Jugend auf zum Schutzkrieg vorbereitet und diese dann im Notfall aufbietet, ist ein Volk von Kriegsmännern und beim Landsturm von Kriegsmenschen. Dann kämpft alles mit, tote und lebende Natur. Und gegen einen Eroberer, der durch seinen Krieg das Todesurteil über ein ganzes Volk ausgesprochen hat und es wirklich zu vollziehen strebt, gibt es keine Rücksichten.

Landwehr ist eine hehre Rettungskunst, die das graue Handwerk der Weltkürmerie zu nichte macht. Im Landsturm wird jede Stadt ein Heerlager, jedes Haus eine Feste und jedes Ding eine Waffe: dann ist jeder, der noch ein Schwert hat, reich, der es zu führen weiß, mächtig, und der für die gerechte Sache zu leiden und zu sterben sich gefaßt fühlt, unüberwindlich. Causa vincit, sed victa perit. Und es wird der siegende Eroberer, wenn jedermann in der Landwehr seine Schuldigkeit tut, ein König werden über Ungezieser und Unkraut.

Erst wenn alle wehrbare Mannschaft durch Leibesübungen wehrfähig geworden, freitbar durch Waffenübungen, schlagfertig durch erneuerte Kriegsspiele und Immergerüstetsein, kriegsfähig durch Vaterlandsliebe, — kann ein solches Volk ein wehrhaftes heißen. Wehrlos, ehrlos! So sagten unsere Ahnen, und den Sinnpruch sollten wir in alle Landwehrbanner setzen.

In der ganzen Lebensgeschichte eines Volkes ist sein heiligster Augenblick, wo es aus seiner Ohnmacht erwacht, aus dem Scheintode aufsteht, sich seiner zum ersten Male selbst bewußt wird, an seine heiligen Rechte denkt und an die ewige Pflicht, sie zu behaupten; endlich erkennt, daß es nur durch Selbstmord seiner Vollstümlichkeit sich unter anderen Völkern verlieren kann. Es ist ein langersehnter Schöpfungsbeginn, wenn ein Volk nach dem Verlauf schredlicher Jahre sich selbst, der Zeitgenossenschaft und der Nachwelt laut und frei und ohne Rückhalt offenbaren darf, in welche vollstündige Dienstbarkeit es durch Ausländerei geraten war. Ein Volk, das mit Lust und Liebe die ewige Gleichheit seines Volkstums aufsaßt, — kann zu allen Zeiten sein Wiedergeburtstfest und seinen Auf-erstehungstag feiern.

So sah in ihrem deutschen Volkstum. Viele seiner Wortführer, als wären sie für die Gegenwart gesch. Die Menschheit ist keine Herde gleichgearteter zoologischer Einzelwesen, sie ist eine Summe von Völkern, von denen jedes seine besondere Sprache, sein bestimmtes Wesen, seine geistige Eigenart hat, worauf sein Volkstum beruht. Das treibende Element der Geschichte, bestehen die Völkerkraft innerer, kraft politischer Organisation, deren Beruf es ist, ihr Volkstum gegen die Nachbarvölker abzugrenzen und ihm seine Stellung in der Welt zu weisen. Ein Volk, das sein Volkstum, das sein Wesen und seine Eigenart preisgibt, ein Volk, dessen politische Organisation von äußeren Mächten zerstückelt und zersplittert wird, ein Volk, das durch entwürdigende Dienstbarkeit der Ausländerei verfallt — und es gibt keine schlimmere Ausländerei als die, welche demokratisch-sozialdemokratisch-pazifistische Erzbergerei durch die Verträge von Versailles und Spaa, Paris und London über Deutschland verhängt hat — ein solches Volk ist dem Untergang verfallen, wenn es sich nicht von dem Bewußtsein durchbringen

läßt, daß jedes Volkstum das Recht und die Pflicht zu leben hat und unzerstörbar ist, so lange es sich nicht selber verloren gibt, wenn es nicht eingeschlossen mit kühnem Mut die Ketten sprengt, die seine Kräfte fesseln.

Bisher wurde den Völkern ihre politische Organisation von oben her auferlegt. Herrschende Klassen, die Staat und Wirtschaft leiteten, organisierten vermöge ihrer Gewalt über die Produktionsquellen aller die Völker nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern wie es die eigenen Interessen geraten erscheinen ließen. Aber die Organisation eines Volkes entspricht nur dann ihrem wahren Zweck, wenn sie aus der Volksmasse selber organisch von unten nach oben hervorträgt, und wie ihr Ziel und ihr Inhalt sich ausprägen in dem Grundsatz: „alle für alle“, so findet sie ihre natürliche Grenze da, wo das Volkstum selber seine Grenze hat. Jahn sieht die völkische Organisation noch im Lichte der Vergangenheit und jener Ständeverfassung, die an der Schwelle der großkapitalistischen Periode zum Vergehen verurteilt war. Aber sein Volksstaat gliedert sich organisch von unten nach oben, wobei er grundförmig von der Wirtschaft und der Funktion des einzelnen in ihr sowie von der Einheit der Erziehung ausgeht. Sie baut sich auf nach dem Prinzip der Kräfte, das keineswegs eine neuromantische Erfindung, sondern die Grundlage der altgermanischen Verfassung ist, für welche die Fürsten und Könige nichts weiter waren als die Ersten unter Gleichen, als die Spitzen des obersten Volksrates.

Die Anwendung von Jahns Gedanken über

das deutsche Volkstum und seine Organisation und Selbstbehauptung auf die deutsche Situation in der Gegenwart führt notwendig zu Schlußfolgerungen, die sich mit den Forderungen der Sozialrevolutionäre eng berühren. In der Tat: Wer vom Boden der nationalen Selbstbehauptung aus die Lage klar überdenkt, wird zu der Erkenntnis gedrängt, daß die kapitalistische Organisation von Land und Wirtschaft verschwinden und durch eine Organisation ersetzt werden muß, welche die Kraft des Ganzen gegen das imperialistische Ausland zusammenfaßt, was wiederum nur möglich ist, wenn sie sich stützt auf die arbeitenden Massen, und der grundlegenden Staatsrahmen auf deren gesellschaftliche Bedürfnisse zugeschnitten wird. Wer umgekehrt von den Bedürfnissen der arbeitenden Massen ausgehend sich die Frage vorlegt, wie ihnen die drückende Last von den Schultern genommen werden kann, muß einräumen, daß die allgemeine Not sich notwendig so lange steigert, wie die Faust der imperialistischen Sieger auf Deutschland wuchtet, daß aber die Bereinigung sich nur brechen läßt, wenn die Nation, wenn das Volk in seiner ganzen Breite und Tiefe geschlossen sich dagegen erhebt. In dem Deutschland, das zur Kolonie herabgesunken, hat eine nationalrevolutionäre und hat die sozialrevolutionäre Bewegung den gleichen Gegner, und sie steuern beide dem gleichen Ziele zu. Sie sind Waffenbrüder und Bundesgenossen, wie es der Beherzichte nicht vorausgesehen, dessen geschlossener Handelsstaat die nationale Organisation eines Volkes der Freien und Gleichen ist.

Was können die Beamten tun?

F.W. Die Regierung hat auf die Forderungen der deutschen Beamtenschaft nach langem Verhandeln die Antwort erteilt. Die Beamtenschaft forderte einmütig und auf Grund ihrer katastrophalen Wirtschaftslage eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 2000 M., sowie eine Aufbesserung der Gehälter und Zulagen, die der gewaltigen Preissteigerung seit 1919 entspricht. Die Regierung hat es nicht für nötig gehalten, die Wirtschaftsbeihilfe auch nur zu diskutieren. Mit lässiger Handbewegung ist sie darüber hinweggeglitten, um dann an Stelle des verlangten Ausgleichs zwischen Gehalt und Leistung der Beamtenschaft ein

Trinkgeld anzubieten, das, in Goldmark ausgedrückt, für die breiten unteren Schichten, die am schwersten von der Not betroffen sind, noch kaum fünf Mark im Monat ausmacht. Nach dem alten Prinzip des Teilens, um zu beherrschen, hat sie die Spitzen der Bürokratie um so reichlicher bedacht. Da sie ihre lärgliche Zulage in Prozenten der bisherigen Zuschläge ausdrückt, erreicht für die Geheimräte und verwandte Zeitgenossen — die Herren Regierer im Reich und den Ländern inbegriffen — das der Masse des Beamtentums hingeworfene Trinkgeld die stattliche Summe von vielen Tausenden.

Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit den sogenannten republikanischen Regierungen zu machen Gelegenheit hatten, können wir nicht wissen, ob die Regierung sich über die notwendigen Wirkungen ihres Handelns völlig im Klaren ist. Mag sie geglaubt haben, nach dem Prinzip, das im Kriege elend Schiffbruch litt, die But und Enttäuschung der breiten Massen ertragen zu können, sofern es ihr nur gelingt, den schmalen Ring der Spitzen zu befriedigen. Der Sturm der Entrüstung, der heute nach vollzogenem Abkommen zwischen Reichs- und Gewerkschaftsregierung die Beamtenschaft durchstößt, dürfte ihr schon jetzt das nützliche Fiasco ihrer Spekulationen auch auf diesem Gebiete klar gemacht haben. Mit dem auf Kosten der Beamtenschaft vollzogenen Kaufhandel hat die Reichsregierung jedes Ansehen in der Beamtenschaft verloren, und sie teilt die Verachtung der Beamten mit den erbärmlichen Subjekten von Gewerkschaftsführern, die sich nicht entblödet haben, dem schamlosen Regierungsvorschlag ihre feile Zustimmung zu geben.

Eine Begründung ihres Verhaltens zu geben, hat die famose Reichsregierung nicht einmal versucht. Sie begnügte sich mit dem Hinweis darauf, daß die Bewilligung der Forderungen der Beamten das Reich mit über 15 Milliarden belasten würde. Die Belastung des Reiches also mit Ausgaben, die für seinen Bestand so notwendig sind wie Existenz- und Arbeitsfähigkeit der Beamtenschaft, ist nicht möglich. Die pünktliche Einkreisung der im Verhältnis zu dem Durchschnittseinkommen der Beamtenschaft riesenhaften Gehälter der Minister macht den Herren dagegen so wenig Schwierigkeit und Bedenken, wie die Auszahlung jener dreißigtausend Mark Diäten pro Jahr für einen jeden der sogenannten Volksvertreter im Reichstag, die diese Volksvertreter sich — einstimmig — selbst bewilligt haben, obwohl sie samt und sonders noch ihr reguläres Berufseinkommen haben, obwohl seit je die parlamentarische Tätigkeit als Ehrenamt galt, obwohl die „Arbeit“, die diese Herrschaften im Parlament „für das Volk“ leisten, schon mit ihrer Freifahrt erster Klasse zu hoch vergütet ist.

Da die Regierung es nicht für nötig hielt, eine sachliche Begründung für ihr schamloses Gebahren zu geben, wollen wir diese Begründung hier versuchen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß den Regierern Deutschlands das Angebot an die Beamtenschaft nicht sonderlich leicht geworden ist. Sie brauchen die Beamtenschaft für jeden Tag, an dem sie noch Regierung zu spielen gedenken. Ihre Tätigkeit,

die im wesentlichen in der Ausplünderung des deutschen Volkes zu Gunsten der Entente besteht, ist in allen ihren Einzelheiten auf den guten Willen und die Arbeitsfreudigkeit der Beamten angewiesen, wenn die Regierung ihren ententistischen Auftraggebern gegenüber die Pflichten erfüllen will, die sie mit der Unterschrift unter das Ultimatum übernommen hat. Wenn wir also annehmen, daß die Regierung sich hierüber klar ist, so gibt es für ihr Verhalten nur die eine Begründung, daß sie nämlich die Forderungen der Beamten deshalb nicht erfüllt hat, weil sie sie einfach nicht erfüllen kann. Aber warum kann sie sie nicht erfüllen? Die Beantwortung dieser Frage ist für das Verhalten der Beamtenschaft zur Regierung von entscheidender Bedeutung. Wir haen in einem Artikel in der vorigen Ausgabe des „Volkswart“ darauf hingewiesen, daß der Versailler Vertrag und seine Ausführungsbestimmungen das deutsche Volk in seinen arbeitenden Schichten zwingen, mit einem Drittel der Lebenshaltung auszukommen, die sie vor dem Kriege besaßen haben. Alles andere fließt in die weit geöffneten Taschen der Entente und ihrer auf deutschem Boden tätigen Agenten und Einpeitscher. Und so lange dieser Zustand besteht, so lange wird keine Regierung in der Lage sein, den arbeitenden Schichten des Volkes — und damit auch der Beamtenschaft — eine erträgliche Existenz zu ermöglichen. Woraus aber nicht im Sinne der Regierung zu folgern ist, daß die Beamtenschaft sich zu bescheiden hat, sondern im Gegenteil, daß die Regierung sich zum Teufel scheren mag, weil sie im Interesse über Entente bewußt und gewollt das Volk zu Grunde richtet.

Es ist bei unseren neuzeitlichen Regierern Mode geworden, sich in ihren öffentlichen Lamentationen die Tiraden der Sozialdemokratie zu eigen zu machen, mit völlerbeulenden Phrasen von Gerechtigkeit, Sittlichkeit, Einlösung des verpfändeten Wortes und ähnlichem Geklingel ihre Laten zu begleiten. Wir haben nicht dagegen, daß unsere Regierer im Interesse dieser Gerechtigkeit und Sittlichkeit sich selbst zu Grunde richten — wir wollen ihnen in diesem Falle gern als Märtyrer ihrer eigenen Phrasen ein Denkmal errichten — aber wir lassen die Begriffe Gerechtigkeit und Sittlichkeit für uns ein wenig anders auf und halten es für gerecht und sittlich, daß das ganze deutsche Volk in einmütiger Geschlossenheit sich erhebt,

um einen Frieden zu zerbrechen, der mörderischer ist als der mörderische Krieg, der nicht den kämpfenden Soldaten allein, sondern Kindern, Frauen und Greise ansätzt, damit feile Politikanten sich in das Buch der Weltgeschichte mit heroftrastischen Taten einzeichnen, damit kaiserliche Gelddiener in allen Ländern der Erde sich hauptsächlich von dem Blut, dem Schweiß, den Tränen eines sterbenden Volkes nützen.

Dies ist der Punkt, auf den die deutsche Beamtenchaft ihre Sehkraft zu konzentrieren hat. Die Empörung, die heute in ihren Reihen besteht, die sich — wir hoffen und erwarten es — endlich in einer ernsthaften Auflehnung gegen das System, unter dem wir leiden, entladen wird, sie darf sich nicht misleiten lassen durch das Sinkarten auf die bloße Zahl von Papierlappen, die sie vielleicht von dieser Regierung oder einer ihrer Nachfolgerinnen durch den Druck wirtschaftlicher Kampfmittel herauszwingen kann. Es geht nicht mehr um die scheinbare Erhöhung von Gehältern, deren Realwert sehr schnell durch steigende Preise und sinkende Valuta auf den vorherigen Bestand herabgedrückt werden würde. Es geht um das Ganze. Es geht um die Existenz des Volkes. Es geht um die volle politische Gewalt im Lande. Wer soll in Deutschland herrschen, das freie deutsche Volk oder der imperialistische Völkerbund mit seinen deutschen Agenten? Das ist die Frage, die zur Entscheidung steht. Sie zu beantworten ist die deutsche Beamtenchaft ganz wesentlich mit berufen.

Die Söhne der Revolution wittern Vorkämpfer. Das mißtönige Getöse der korrupten Presse „revolutionärer“ Parteien erfüllt die Lüste. Sie spüren, wie der Volkszorn emporsteigt, wie aus den Tiefen der Volkseele eine Bewegung emporsteigt, auf die sie keinen Einfluß haben, die über sie hinwegzudringen droht. Und eifertig schmieren sie ihre dummen und bezerrichten Artikel, um die Zustände aufzupeitschen, um das klare Denken zu benebeln, um das feilsche Wollen zu ersticken. Seht doch, wie sie plötzlich revolutionär werden, die sozialdemokratischen Rastanten! Wie sie jeden Vorwand, so den Verunsinnfall des kaiserlichen Erzberger, dem als Fürstenerfasser von Ententegabern doch nur passierte, was manchem Fürsten „von Gottes Gnaden“ vor ihm zustieß, benutzen, um die arbeitenden Schichten der Bevölkerung nach ihrem angestempelten Parteimitgliedsbuch gegeneinander anzuspitzen! Seht, wie Spartaletus mit seiner Kommunistischen Partei sich ausbläst, wie er Ver-

beugungen nach rechts macht bis zu dem Instanzenklingel der SPD., wie er auf einmal nach der „Einheit des Proletariats“, wie er sie ausfaßt, jammert, wie er sich eifertig bereit erklärt, „die Führung zu übernehmen“, wie sie alle, diese Haifische der Revolution, sich gegen eine Regierung wenden, die auch ohne sie zusammenbricht, bereit, ihr Erbe anzutreten, bereit, mit noch mißtönigeren Phrasen die arbeitenden Massen noch schlimmer auszubeuten. Und sekundiert werden sie von den Gewerkschaftsleitungen, die auf einmal für „Massenkämpfe“ begeistert sind, und nur die getreuen Schäfschen der „organisierten Kollegen“ beschwören, doch ja nichts ohne ihre erfahrene Leitung zu unternehmen, doch nur um aller Heiligen willen „Disziplin“ zu üben. Und hier liegt die Gefahr. Feind von den Partei- und Gewerkschaftsklingeln, die jetzt nach der Herrschaft gieren, denkt an die Zertrümmerung des Friedens von Versailles. Keine dieser Politikantengruppen bemüht sich auch nur, einen Gedanken darüber zu fassen, wie er das Los des Volkes bessern kann. Sie alle bieten sich der Entente an mit der schamlosen Geste: Seht her, die alte Regierung war unfähig, Euch voll zu befriedigen, sie bricht bei ihren Bemühungen zusammen. Wir aber, wir sind die Auserwählten des Volkes, wir haben das Vertrauen der Massen, wir haben die internationale sozialistische Phrase zur Verfügung, wir werden die arbeitenden Schichten des Volkes fusionieren — nach russischem Muster, — daß sie nicht einmal wagen sollen, über ihren Hunger zu räsonieren. Und deshalb müssen die Beamten sich darüber klar sein, daß die Gefahr besteht, daß an die Stelle des in absehbarer Zeit verschwindenden Regierungsklingels ein anderer, noch viel unfähigerer, noch viel niederrätigerer tritt. Nur ein Mittel gibt es bei den gewaltigen Wirtschaftskämpfen, die jetzt bevorstehen: Nicht nur die Parteien, auch die Gewerkschaftsleitungen müssen ausgeschaltet werden, und hier sind die Beamten berufen, voranzugehen, weil sie nicht auf Grund früherer Erfolge der Gewerkschaften — zu einer Zeit, wo deren Spitzen noch nicht selbst Regierung spielten — innerlich so stark mit ihnen verbunden sind, wie noch breite Schichten der Industriearbeiter. Die Beamten haben in allen Behörden ihre Beamten- und Angestelltenauschüsse. Dazu kommen für die Arbeiter bei den Behörden die Betriebsräte. Sie gilt es drücklich, gantweise und

schließlich für das ganze Land zusammenzufassen, aus ihnen die Organe der Leitung zu bilden. Geht eine große und lebenswichtige Gruppe von Arbeitnehmern voran, dann werden die anderen folgen. Dann ist die Konsolidierung des Volkes auf dem Marsche, dann ist das Sonderinteresse von Politikanten und kapitalistischen Klingeln ausgeschaltet, dann wird der frühere Staatsapparat zur Verwaltungsmaschinerie eines sich befreienden Volkes.

Micheleien auf allen Seiten. Die Ernte eines Tages.

Meldung: Die deutsche Regierung habe bei der englischen sondiert, wie sich England zu dem französischen Verlangen stelle, daß Deutschland eine für Schlesien bestimmte Division durch sein Gebiet ziehen lasse. England habe die Anfrage ignoriert.

Man stelle sich vor: England und Frankreich stecken unter einer Decke erst im militärischen und jetzt im wirtschaftlichen Kampf gegen Deutschland und halten trotz aller vrrübergehenden Meinungsverschiedenheiten und trotz aller „häuslichen Szenen“ zusammen wie Stahl und Eisen. Am dieblich sich Michel in einem Augenblick, den er für günstig hält, an den Engländer heran, womöglich mit einem plump-schlauen Augenzwinkern nach Frankreich hin, und — der Engländer wendet dem Schleiher verächtlich den Rücken! Man möchte verfluchen vor Scham über solche Dinge. Entweder ist alles das wahr, was man während des Krieges über England sagte, und man heute noch sagt — dann war die wieder-vertrauliche Anfrage eine Lächerlichkeit, eine Erbärmlichkeit, eine gottsträfliche Dummheit, oder es ist alles nicht wahr und die Anfrage war vernünftig begründet — dann sind wir jämmerlich betrogen. Ein Drittes gibt es nicht.

Jede Spekulation auf die Uneinigkeit der Alliierten ist, wie nach den bisherigen Erfahrungen der vielen glücklich gelösten „Spannungen“ und „Krisen“ allmählich auch der Kurzsichtigste erkennen muß, nichts weiter als eine Verzerrung der eigenen Uneinigkeit: die Alliierten sind nicht so dumm wie Michel, der sich im Partei- und Bruderkampf seiner mächtigen Waffe begibt, und opfern der Einigkeit als dem Wertvolleren immer wieder alle an-

Dann kommt der Tag, wo in den besetzten Gebieten und in den Grenzländern die gleiche Bewegung der Befreiung der arbeitenden Schichten losbricht mit notwendiger Anlehnung an das Industrieland, das das Beispiel gab, an Deutschland. Dann bricht in nicht sehr ferner Zukunft der letzte Tag imperialistischer Gehaltsherrschaft auf deutschem Boden an. Dann steht das Volk auf, und der Sturmwind fegt die deutsche Erde rein von fauler Spreu.

deren Rücksichten.

Meldung: Ein Leipziger Arbeiterverband habe sich an den Verband der Zechschiffahrtsarbeiter in Buenos Aires gewandt mit dem Ersuchen, der Verband möge dem kalb ein-treffenden Stimmendampfer „Ludendorff“ einen schlechten Empfang bereiten. Die argentinische Zeitung „La Nacion“ habe das Ansuchen komisch glossiert und als taktlose Zumutung an eine befreundete Nation erklärt.

Mit Recht. Freilich in einem anderen Sinne als die argentinische (kapitalistisch-nationalistische) Zeitung es meint. Das Ansuchen der Leipziger riecht sehr stark nach dem nicht allzu tapferen: Bahnenmann, geh du voran! Deutschland hat selbst eine gewaltige Arbeiterschaft und wenn diese Arbeiterschaft nur einiacrmafen zusammenfiele, wäre es ihr ein leichtes gewesen, einem Dampfer „Ludendorff“ überhaupt gar nicht Gelegenheit zu geben, nach Buenos Aires auszureisen. Statt dessen wird im eigenen Lager gestritten und gespalten und nun sollen einige hundert argentinische Hafenarbeiter nachholen, was die Millionen in Deutschland wegen ihrer einseitigen Bruderkriege veräumt haben! Hat auch die deutsche Arbeiterschaft schon alle Ehre vergessen und hält auch sie nicht mehr auf das würdig-stolze Wort: „Selbst ist der Mann!“

Meldung: Das Jubiläum der „Süddeutschen Monatshefte“ habe unter dem Titel „Der große Betrug“ das Märchen von der deutschen Kriegsschuld als ungeheuerliche Verblendung nachgewiesen. Unter anderem werde in der Abhandlung auch der Brief eines französischen Matrosen angeführt, aus dem hervorgehe, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Ma-

rine unter dem Kommando eines englischen Admirals gestanden sei. (Schieres von der meldenden Zeitung durch Sperrung zur Hauptsache erhoben.)

Nun kann es wirklich nicht mehr fehlen: Ein französischer Matrose schreibt es in einem Brief, nun ist der letzte Zweifel geschwunden. Und fast drei Jahre, oder sieben Jahre, mußte die Welt auf diese sensationelle Offenbarung, auf diesen schlagendsten aller Beweise, warten! Man mag über die Kriegsschuld denken wie man will und manche deutsche Selbstaufklage für reichlich übertrieben halten, aber dagegen muß man sich verwahren, daß man in der Abwehr das deutsche Volk mit Verleumdungen lächerlich macht. Seit wann ist es in der Welt üblich, alltägliche Soldatenbriefe als Geschichtsquellen ersten Ranges zu werten und zu bewerten. Weiß die deutsche Intelligenz der „Süddeutschen Monatshefte“ und eine im gleichen Rang stehende Großstadtzeitung nichts von der notorischen Unzuverlässigkeit der Soldatenbriefe? Weiß man nicht, was zu Anfang des Krieges (und noch weit über den

Anfang hinaus) in der Aufregung oder Wichtigkeitserei alles gesehen und gehört und niedergeschrieben zc. — geglaubt wurde? Man denke nur an die berüchtigten Rindberger Fliegerangriffe, die sogar zu allerentscheidendsten amtlichen Schritten verwertet wurden! Mißt man den Briefen der französischen Soldaten, wenn es sich um deutsche Kriegsverbrecher handelt, auch überall so große Glaubwürdigkeit und Wichtigkeit zu: In manchen Fällen sollen bei manchen Leuten sogar eibliche Aussagen Schwindel oder wenigstens Selbsttäuschungen sein. Wie erklärt es sich, daß angesehene deutsche Presseorgane es wagen dürfen, ihrer gebildeten Leserschaft den klendendsten, handgreiflichen Unsinn vorzusetzen? Ein englischer Admiral am 31. Juli 1914 Befehlshaber der französischen Flotte: in Frankreich, in England, in der ganzen Welt wird man lachen! Und Schlussfolgerungen ziehen, die Deutschlands Ansehen und — Geldsack nicht eben von Vorteil sein werden.

Die Ernte eines einzigen Tages!

Fr.

Der Verlag empfiehlt betriebs- oder organisationsweisen Bezug. Die Sammler erhalten für ihre Bemühungen ab 5 Exemplaren ein Freieremplar. Für den Monat September sind pro Bezahler Mk. 1.80 zu bezahlen. Es genügt, wenn der Sammler auf dem Abschnitt der Postanweisung seine genaue Adresse und die Anzahl der gewünschten Exemplare vermerkt.

Verantwortlicher Schriftleiter: W. Dowidat, Hamburg, Beim Strohhause 33.
Verlag und Druck: Albert Fr. Heil, Hamburg 20, Eppendorferlandstr. 104.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatsschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang Erste u. zweite Ausgabe im September 3. 2. 4 1921

Inhalt:

Das Gebot der Stunde.
Bayern.
Was ist Putzschismus.
Zwangshypotheken.
Spartakus und die Hamburger Orientierung.
Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.
Ein Rückblick auf die Novembererhebung.
Eine „Deutsche Republik“ in Sowjetrußland.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint zweimal monatlich.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.— Bei betriebsweisen
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.50.